

»» Proteste in Algerien: Auch das Wirtschaftsmodell stößt an seine Grenzen



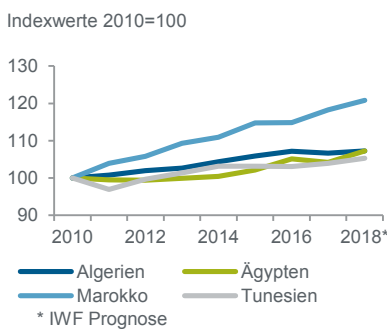
Nr. 176, 5. April 2019

Autor: Dr. Tim Heinemann, Telefon 069 7431-4784, tim.heinemann@kfw.de

Ein zweiter arabischer Frühling

Vor dem Hintergrund der Proteste gegen die Staatsführung in Algerien werden die Stimmen lauter, die Gemeinsamkeiten mit dem Beginn des arabischen Frühlings 2011 sehen und vor einer erneuten Destabilisierung der Region warnen. Diese Assoziation drängt sich auf, ist aber wenig fundiert. Im Vergleich zu 2011 verlaufen die Proteste friedlich und der Staatspräsident Bouteflika ist nach langem Zögern nun auch endlich zurückgetreten. Der ruhige Verlauf der Proteste lag auch daran, dass es kaum Interventionen von Drittstaaten (die Türkei, Katar sowie Saudi Arabien hatten damals versucht die Entwicklungen zu beeinflussen) gab. Vielmehr scheint Algerien durch die aktuellen Ereignisse zu den Entwicklungen seiner Nachbarn aufzuschließen. Das reformorientierte Tunesien und Marokko nehmen diesen Prozess positiv zur Kenntnis.

Grafik 1: BIP Wachstum pro Kopf



Quelle: Reuters Eikon, eigene Berechnungen

Stabilität statt Revolution

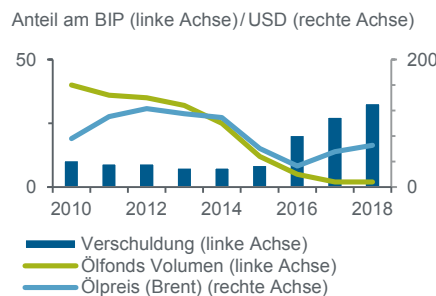
Während des arabischen Frühlings gab es zwar in den größeren algerischen Städten Proteste, aber diese wurden nie durch die breite Bevölkerung unterstützt. Ein Blick in die Geschichte des Landes kann dieses Verhalten erklären. Die Erinnerungen an den Bürgerkrieg der neunziger Jahre dämpfte 2011 die Stimmung gegenüber einem radikalen Austausch der Staatsführung. Die

Angst, dass es in der Folge zu einem erneuten Bürgerkrieg kommen würde, war zu groß, als dass man sich mit den Protestierenden solidarisierte. Das Bedürfnis nach Stabilität und Sicherheit ist immer noch groß, was auch die aktuell relativ friedlich verlaufenden Proteste erklärt. Ob dies so bleibt, hängt nicht zuletzt davon ab, aus welchen Akteuren sich die Übergangsregierung zusammensetzt und wer Mitglied der Reformkommission wird.

Erkaufte Stabilität

Im Vergleich zu Ägypten und Tunesien gelang es der Regierung 2011, die angespannte soziale und ökonomische Situation schnell zu entschärfen. Dank des starken Anstiegs der Rohstoffpreise (2011–2014) verfügte das Land über ausreichend finanzielle Ressourcen, um die Subventionen, z. B. für Benzin, zu erhöhen, den sozialen Wohnungsbau auszuweiten und die Löhne für den öffentlichen Dienst anzuheben. Als der Ölpreis nach 2014 sank, konnte mithilfe des staatlichen Ölfonds der Status quo gesichert werden. Die Möglichkeiten, weitere Ausgaben über den Ölfonds zu finanzieren, sind seit 2017 ausgeschöpft. Die wirtschaftliche Stabilität wird seitdem über einen Anstieg der Staatsverschuldung finanziert.

Grafik 2: Ölpreis, Ölfonds, Staatsverschuldung



Quelle: Reuters Eikon, eigene Berechnungen

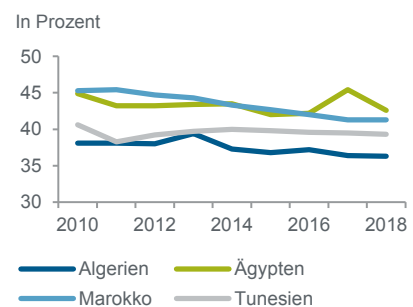
Trotz des schnellen Anstiegs ist die Verschuldung des Landes mit knapp 33 %

nur halb so hoch wie der regionale Durchschnitt. Aufgrund der steigenden Verschuldung wurden 2017 Subventionen leicht gekürzt und Steuern geringfügig erhöht, um so die Einnahmeseite des Staates zu verbessern.

Grenzen des Wirtschaftsmodells

Mit Blick auf die ökonomische Entwicklung des Landes muss man feststellen, dass diese, wie auch das politische Modell, nun an ihre Grenzen stößt. Größtes Problem – wie auch in der gesamten Region – ist die Erwerbsbeteiligung (v. a. der Jungen). Sie ist die geringste in Nordafrika. Dieses Faktum befeuert die Unzufriedenheit mit der Führung des Landes; wobei der Wunsch nach politischen Veränderungen immer noch im Vordergrund der aktuellen Proteste steht.

Grafik 3: Verhältnis Erwerbs-/Gesamtbevölkerung



Quelle: ILO, eigene Berechnungen

Der nun eingeleitete Führungswechsel bietet nicht nur die Chance für politische, sondern auch für wirtschaftliche Reformen. Die Ausgangslage Algeriens ist hierfür besser als in anderen Ländern der Region, da es immer noch in der Lage ist, Struktur reformen im Öl- und Gassektor und die Diversifizierung der Wirtschaft mit Investitionen und fiskalischen Anreizen zu flankieren. Es bleibt zu hoffen, dass die Übergangsregierung diese Chancen nutzt. Die gesamte Region würde hiervon profitieren. ■